

Martin Gorholt

Die Genossen von 1998 bis 2008

Der Titel *Wohin geht die SPD?* ist irreführend. Bis auf wenige Seiten präsentiert Daniel Friedrich Sturm ein Tagebuch sozialdemokratischen Handelns von 1998 bis 2008 in Partei, Regierung sowie Fraktion und bewertet diese. Auf lediglich zwölf Seiten entwirft er mögliche Szenarien für die Zeit nach den Bundestagswahlen am 27. September.

Aufsehen hatte Sturm mit der 2006 veröffentlichten Dissertation *Uneinig in die Einheit* erregt. Nun also sein zweites Werk. Diesmal nicht als Historiker, sondern aus der Perspektive des journalistischen Beobachters und Begleiters geschrieben. Es ist flüssig zu lesen, fakten- und detailreich, mit Anekdoten über die Beziehungskisten zwischen den Akteuren, über das Nachtragen als Motiv von Handlungen, über harte politische Auseinandersetzungen, über Reformen und die Schwierigkeiten ihrer Vermittlung, immer wieder auch durch Kurzbiografien der wichtigsten handelnden Personen unterbrochen.

Dabei geht es um zehn Jahre, die es für die SPD in sich hatten. Die Regierungsverantwortung brachte die Partei enorm unter Druck, die Risse und Brüche wurden immer größer. Deutlich wird auch, vor welche strategische Herausforderungen diese Zeit die Parteispitze stellte, auf die es keine einfachen Antworten gab und gibt. Das Drama und Dilemma aller vier Vorsitzenden nach Lafontaine war die Aufgabe, die Sozialdemokratie zusammen zu halten und als Reformkraft nach vorn zu führen.

Sturm schreibt über das Regieren und die Kampagnen als scheinbar unbeteiligter Beobachter. Die Rolle von Journalisten und



Martin Gorholt

(* 1956) war bis September 2008 Bundesgeschäftsführer der SPD, kandidiert im Havelland für den Landtag Brandenburg.

martin.gorholt@t-online.de

der Medien spielt in seinem Buch keine Rolle. Das ist etwas zu bescheiden. Denn zur Politik gehört auch, wie sie dargestellt und kommentiert wird. So war etwa das Verhältnis von Kurt Beck zu den Journalisten und umgekehrt ein besonders schwieriges. Im Kapitel »Dalai Lama und Rote Heidi« schreibt Sturm über die Reaktion von Kurt Beck auf das mit ihm und Steinmeier nicht abgestimmte Treffen Heidi Wiecek-Zeuls mit dem Dalai Lama. Auf einem Bummel mit Ralf Stegner im Schleswig-Holsteinischen Kommunalwahlkampf durch die Lübecker Fußgängerzone wähnt Kurt Beck keinen Journalisten in der Nähe und kommentiert das Treffen: Als er davon erfahren habe, »war der Scheiß ja nicht mehr rückgängig zu machen«. Dieses Zitat schnappt der mitgereiste Sturm auf und bringt es in großen Lettern auf Seite 1 in der *Welt am Sonntag*. Man kann in der Causa selbst durchaus verschiedener Meinung sein, aber der journalistische Stil ist ein Fall für sich. Nur ein Mosaikstein, aber Teil einer medialen Dynamik, die der Autorität Kurt Becks schweren Schaden zufügte.

Doch die Probleme, die jeder der vier SPD-Vorsitzenden zu bewältigen hatte, liegen tiefer. Sturms Buch zeigt immer wieder, wie groß die Anforderungen an gelun-

gene politische Führung in der Zeit von 1998 bis 2008 waren. Der Kampf um den sozialdemokratischen Weg zur Modernisierung Deutschlands an der Schwelle des globalen Zeitalters ist keine Kleinigkeit. Politische Führung in dieser Zeit heißt nicht, auf den Tisch zu hauen, »Basta« zu sagen oder dem »Höhenrausch« der Macht zu erliegen, sondern die Partei auf Tuchfühlung mit den Bürgerinnen und Bürgern zu halten, Mitglieder und Wähler von der eigenen Politik wenn schon nicht begeistern, so doch überzeugen. Das ist harte Arbeit. Dazu gehört natürlich sachlicher Durchblick, aber dann auch Aufrichtigkeit, eine gute Portion Leidenschaft für manchmal nervenaufreibende demokratische Verfahren und die Fähigkeit zu entscheiden. Autoritäres Auftreten beherrscht im Zweifelsfall jeder und jede. Aber die Kunst, wichtige Entscheidungen so vorzubereiten, dass ihr Wertebezug und ihr Ziel deutlich werden, in der Sache und in der Kommunikation, das ist das Meisterstück, für das es kaum gute Beispiele gibt. Von der Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe profitieren vor allem die Sozialhilfeempfänger, zum überwiegenden Teil auch finanziell, aber besonders durch die bessere Betreuungs- und Vermittlungsarbeit. Aber gerade diese Gruppe fühlte sich durch die *Agenda*-Reformen bedroht und durch den Begriff *Hartz IV* stigmatisiert.

Im Fazit über die Zeit mit Kurt Beck als Parteivorsitzenden erliegt Sturm seinem Fehler der verzerrenden Überspitzung: »Beck blickte nicht etwa auf die ausgezehnte Basis der Partei, sondern allein auf den frustrierten Funktionskörper, auf traumatisierte Bezirksvorsitzende und Gewerkschaftsbosse.« Dieser Satz mag noch soweit zutreffen, dass Beck in der Tat die Gewerkschaften wieder ernst nahm und im Ergebnis viele Entfremdungen auswetzen konnte. Wer aber beispielsweise seine Initiative zur Mitgliederbefragung über das neue Grundsatzprogramm, seine Idee für die Kampagne »Nah bei den Menschen« 2008

oder überhaupt seinen Umgang mit den so genannten »einfachen Leuten« mitbekommen hat, der muss anders urteilen. Dann heißt es bei Sturm: »Beck wollte schlicht seinen Kritiker Müntefering besiegen und brutal zur Seite schieben«. Das ist nun Unsinn. Bei der vieldiskutierten Korrektur der *Agenda 2010* im Herbst 2007 in einem einzigen Punkt ging es Kurt Beck um die Versöhnung mit der Partei, eines Teils der Gewerkschaften und mit einem Kernwählerbereich der SPD, der Facharbeiterschaft, auch um das Ausbremsen des politischen Gegners an diesem Punkt. Es ging um eine leichte Korrektur beim Arbeitslosengeld, die aber den sensibelsten Punkt betraf. Die meiste Zeit ihres Lebens hart und ehrlich arbeitenden Menschen empfanden es als höchst ungerecht, schon nach zwölf oder 18 Monaten Arbeitslosigkeit auf das Niveau der Mindestsicherung abzustürzen. Leider fehlte in der öffentlichen Debatte zumeist die Verknüpfung zu den zentralen Erfolgen der *Agenda*, die unverändert blieben und deren Resultate sich gerade in jenem Jahr in sinkenden Arbeitslosenzahlen zeigten. Das hätte viel Misstrauen zwischen den SPD-Ministern und dem Parteivorsitzenden und die falsche Interpretation des Hamburger Parteitags als Showdown zwischen *Agenda*-Befürwortern und -Revisionisten vermeiden helfen. Die Entwürfe des Willy-Brandt-Hauses für diese Begründung gab es.

Sturm muss auf einem anderen Parteitag gewesen sein: »Der Hamburger Parteitag erwies sich in jeder Hinsicht als ein Desaster«, schreibt er. Da stimmt vielleicht ein Wolfgang Clement zu, aber alle, die mit der SPD noch eine politische Zukunft verbindet, beurteilen das gerade aus der heutigen Perspektive eines vollständig diskreditierten Marktradikalismus anders. Hätte die SPD ein Jahr vor der Pleite von *Lehman Brothers* das Programm beschlossen, das Sturm sich möglicherweise wünscht, stünde sie heute so da wie 1990, als die deutsche Einheit das Berliner Programm schon im

Moment der Beschlussfassung hinfällig machte. Der Parteitag führte zu inhaltlich fundierter Geschlossenheit. Heute rüttelt niemand mehr an den dort getroffenen Grundsatzentscheidungen. Einige, die Hamburg skeptisch sahen, sind heute ganz froh darüber, dass eine schärfere Regulierung der Finanzmärkte gefordert wurde. Und das wohlgerne, ohne die offenen Grenzen der Globalisierung infrage zu stellen. Ohne die Grundlage des Hamburger Programms wäre schon der selbstbewusste und erfolgreiche Wahlkampf der Hessen-SPD im Winter 2007/2008 nicht möglich gewesen. Die Umsetzung dieses Wahlerfolges wurde dann allerdings zum Desaster für die Hessen-SPD und vor allem für Kurt Beck, weil er die folgende ideologische Auseinandersetzung nicht mehr in den Griff bekommen konnte.

Gestärkt in den Wahlkampf

Die möglichen Szenarien nach den Bundestagswahlen am 27. September hat Sturm witzig und mit viel Fantasie beschrieben: Ampel, Große Koalition, Jamaika. Dass CDU/CSU und FDP die Mehrheit bekommen, schließt Sturm aus. Die SPD geht in der Tat gestärkt in die kommenden Wahlauseinandersetzungen. Mit Steinmeier hat die SPD einen Krisenmanager und Kanzlerkandidaten, der Merkel schlagen kann. Mit Müntefering ist sie bereit zu einem weiteren kämpferischen Wahlkampf. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben insgesamt zu neuer Geschlossenheit geführt. In der CDU eskaliert angesichts der wirtschafts- und finanzpolitischen Differenzen ein Richtungsstreit, der es in sich hat. Und die CSU greift nach jedem Strohalm, um nicht als Regionalpartei abzusaufen.

Ein Buch über die Frage *Wohin geht die SPD?* hat Sturm nicht geschrieben. Diese Frage ist aber auch nicht von einem Journalisten zu beantworten, sondern nur von der Partei selber.

In der Außenpolitik und mit den Arbeitsmarkt- und Sozialreformen hat die SPD mutig Zukunft geschrieben, in der Wirtschafts- und Finanzpolitik muss sie jetzt der eigentliche Lotse in schwerer See werden. Welcher Bürger möchte schon in dieser globalen Wirtschaftskrise Steinmeier und Steinbrück gegen FDPler tauschen oder seine Sparguthaben einem Lafontaine anvertrauen? Seinen letzten Fazit-Sätzen ist Sturm zuzustimmen: »Gewonnen hat die SPD nur, wenn sie sich einig war. Und wenn sie nicht strukturkonservativ agierte, sondern das beherzigte, was ihre Geschichte ausmacht: nämlich als eine Partei zu handeln, die Aufklärung, Reformen, Dynamik und Moderne verkörpert.«

Daniel Friedrich Sturm: Wohin geht die SPD? dtv, München 2009, 479 S., € 16,90.